

1 Initiativantrag der AG Migration und Vielfalt

2 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen*

3 **Perspektivwechsel: Nicht Grenzen, sondern Menschen an der polnisch-belarussischen**
4 **Grenze schützen**

5 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Europaparlamentes und der
6 Bundesregierung auf, sich im Sinne der Schutzsuchenden an der polnisch-belarussischen Grenze auf
7 nationaler und europäischer Ebene einzusetzen. Konkret sollen folgende Punkte sofort angegangen
8 werden:

- 9 • Sofortige humanitäre Hilfe für die Geflüchteten an der europäischen Außengrenze
10 • Stopp aller Aktionen wie Pushbacks, die gegen internationales Recht verstoßen
11 • Aufnahme von Geflüchteten durch Deutschland als Vorreiter durch Übernahme der
12 Verfahren durch Anwendung des Artikel 17 der Dublin-Verordnung in Absprache mit Polen
13 • Erneutes Hinwirken auf einen europäischen Verteilmechanismen

14

15 Begründung:

16 Menschlichkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte, ein Abwägen und ein Abweichen davon darf
17 es nie geben. Diese Grundwerte gilt es vor allem bei der Hilfe von Menschen auf der Flucht unter
18 Beweis zu stellen.

19 Die Bilder von 2015, als tausende Menschen über den Balkan versucht haben, in die EU zu gelangen,
20 scheinen vergessen zu sein. Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden und europäische
21 Länder, wie Griechenland, üben sich immer wieder in illegalen Push-Backs, indem sie Boote mit
22 verzweifelten Menschen zurückdrängen.

23 Schon seit Wochen spielen sich an der polnisch-belarussischen Grenze entsetzliche Bilder ab.
24 Menschen, auf der Flucht, werden von Belarus und Polen als Druckmittel benutzt. Lukaschenko hat
25 gezielt die Flüchtlinge in sein Land und an die polnische Grenze gelockt. Polen hat die Grenzen
26 zugemacht. Mittendrin: verzweifelte Menschen, unter ihnen viele Kinder, Frauen und Ältere, die nun
27 schon seit Tagen in Eiseskälte ausharren müssen.

28 Deren Lage verschärft sich stündlich, während die EU darüber diskutiert, ob und welche Sanktionen
29 verhängt werden sollen bzw. wie viele Millionen Euro zusätzlich in diese Länder zum Festhalten der
30 Menschen auf der Flucht fließen sollen.

31 Mit Stacheldraht und einer unmenschlichen Abschottungspolitik wollen wir uns auf Kosten von
32 Menschenleben vor der „feindlichen Aktion“ von Belarus schützen. Wir überlassen Menschen auf
33 der Flucht vor Krieg und anderen Gefahren dem vorgegebenen unmenschlichen Handeln von
34 Regierungen, die ein reines Kräftemessen und Aufrüsten als Regierungsziel haben.

35 Dass nun auch ausgerechnet der noch amtierende Bundesinnenminister, Horst Seehofer, die
36 polnische Haltung lobt und von der „Sicherung der Außengrenze“ und der Destabilisierung der EU
37 durch „hybride Bedrohung“ spricht, ist ein Hieb in die empfindliche Magengrube der EU.

38 Diesen Menschen muss schnell geholfen werden, bevor sie vor Kälte oder Hunger sterben. Nur wenn
39 unsere Europaabgeordneten, unsere Regierung und alle demokratischen Fraktionen im Bundestag
40 die EU unter Druck setzen, damit endlich eine menschenwürdige und einheitliche Regelung für
41 Flüchtende auf den Weg gebracht wird und die EU aus der Rolle des „Eisblocks“ und in die Rolle der

42 „warmherzigen“ Werteunion geschlüpft ist, werden sich solche Bilder nicht mehr wiederholen. Seit
43 Jahren reden wir davon, dass Dublin 3 endlich eingestampft werden soll und die EU auf eine faire und
44 gerechte Verteilung der Menschen in Not umsteigen muss. Seit genau so vielen Jahren appellieren
45 wir an die EU und auch an unsere Bundesregierung, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit Menschen
46 nicht dazu gezwungen werden ihre Heimatländer zu verlassen. Wir erwarten, dass die EU endlich zu
47 ihren Werten, wie Anfangs beschrieben, zurückkehrt und sie lebt! Das geht nicht mit Deals mit
48 Diktatoren, mit dem Kopf in den Sand gesteckt und mit Aussitzen, sondern mit Handeln.